



Jahresbericht Simbabwe 2018

Nachdem der langjährige Präsident Robert Mugabe (ZANU-PF) am 21. November 2017 nach 37-jähriger Amtszeit abgesetzt worden war, fanden am 30. Juli 2018 erstmals wieder Präsidentschaftswahlen in Simbabwe statt. Unter Mugabe war es regelmäßig zu schweren Menschenrechtsverletzungen gekommen, darunter auch Folter, siehe hierzu die Jahresberichte [2017](#) und [2015](#). Amnesty International forderte anlässlich des Endes der Regierungszeit Mugabes einen Politikwechsel.

Die Präsidentschaftswahl ging zu Gunsten von Emmerson Mnangagwa (ZANU-PF) aus. Er gehörte viele Jahre lang der Regierung Mugabes an und hatte die Regierungsgeschäfte und den Parteivorsitz nach dessen Absetzung übernommen. Die Opposition reagierte mit Protesten auf die Bekanntgabe der Wahlergebnisse. Staatliche Sicherheitskräfte griffen massiv durch, 60 Personen wurden verhaftet und über 20 Menschen wurden durch scharfe Munition verletzt. Mindestens sechs Personen kamen ums Leben.

Am 18. Oktober 2018 erklärte das Verfassungsgericht ein Gesetz für verfassungswidrig, auf dessen Grundlage in der Vergangenheit Demonstrationen ohne vorherige Genehmigung verboten worden waren. Auch Verhaftungen und sogar Folter von Demonstrant*innen war in der Vergangenheit auf diese Norm gestützt worden. Das Verfassungsgericht erkannte die Missbrauchsgefahr und erklärte das Gesetz für verfassungswidrig. Amnesty International begrüßte diese Entscheidung.